

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ **20 Jahre deutsche Einheit**
Aktuelle Stunde im Landtag
Bürgerdialog im Schloss

■ **Polizeirecht**
Reform Sicherheits- und Ordnungsgesetz

■ **Hochschulgesetz**
Zukunft der Lehrerausbildung

■ **Bürgernähe**
15 Jahre Bürgerbeauftragter M-V
Tagung Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder

■ **Ansturm**
Tag der offenen Tür im Landtag



13. Oktober
7 / 2010

Seite 3

Spezial

20 Jahre deutsche Einheit –
Bürgergespräch im Schweriner
Schloss

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

20 Jahre Einigkeit und
Recht und Freiheit in M-V

Seiten 6 – 9

Weitere Themen:

Sicherheits- und Ordnungsgesetz
Laufzeitverlängerung Atomkraft-
werke

Wirtschaftliche Betätigung
von Kommunen
Weitere Beschlüsse
Mandatswechsel

Seiten 10 – 16

Auszüge aus der Debatte:

Novellierung Hochschulgesetz

Seiten 17 – 19

Aus den Ausschüssen**Petitionsausschuss**

Konferenz in Schwerin

Europa- und Rechtsausschuss

Anhörung zum sexuellen
Missbrauch von Kindern
und Jugendlichen

Ostseeparlamentarierkonferenz

Seite 20 – 23

Panorama

15 Jahr Bürgerbeauftragter M-V
Tag der offenen Tür im Landtag

Seite 24

Chronik

Titelfoto (Uwe Sinnecker)
Blick über den Kreuzkanal des
Schweriner Schlossgartens

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen
haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen
manchmal nur die männliche Form verwendet.
In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers
wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich
geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher
Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Wissenschaftler, erklärt Euch!



Foto: privat

■ Die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern haben ein Problem. Ihnen fehlt es an Strahlkraft – im eigenen Bundesland und über die Landesgrenzen hinaus. Dabei stärkt ihnen die Landesregierung trotz Sparmaßnahmen den Rücken. Die vorgelegten Eckwerte zur Hochschulentwicklung bis 2015 machen das deutlich. Die Hochschulen haben ihre Kräfte längst gebündelt und sich gut aufgestellt. Die Universität Greifswald hat sich vor vier Jahren schmerzlich von einigen Fächern getrennt und neue Schwerpunkte gesetzt. Dazu gehören, zum Beispiel, die Lebenswissenschaften sowie die Bereiche Staat und Wirtschaft. Auch die Universität Rostock hat ihr Profil geschärft und u.a. eine Profillinie „Erfolgreich altern“ entwickelt. Die Wissenschaftler wollen den demographischen Wandel untersuchen. Ihre Erkenntnisse sollen der Gesundheitsbranche und dem Tourismus nutzen. Das passt gut zu den ehrgeizigen Plänen, Mecklenburg-Vorpommern zum Gesundheitsland Nr. 1 zu machen.

Wie viel Potenzial in den Forschungseinrichtungen steckt, belegt der Erfolg im Bundesprogramm „Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern“. Drei Projekte aus Rostock und Greifswald erhalten für fünf Jahre eine Förderung in Höhe von insgesamt 38 Millionen Euro. Das Land schießt 4,5 Millionen Euro zu. Wer in solchem Maß von öffentlicher Förderung profitiert, steht auch in der Pflicht, sich und seine Projekte einer breiten Öffentlichkeit zu erläutern! Wissenschaftler sollten sich generell öfter aus dem Elfenbeinturm bewegen, sich und ihre Arbeit erklären. Das passiert in Mecklenburg-Vorpommern viel zu selten.

Wichtig und notwendig sind Verbesserungen in der Lehre. Bildungsminister Henry Tesch hat einiges zu tun. Tausende Studenten in ganz Deutschland haben dem CDU-Politiker im vergangenen Jahr ihre Meinung geäußert. Sie haben ihm als amtierendem Chef der Kultusministerkonferenz klar zu verstehen gegeben, dass die Bologna-Reform an den Hoch-

Henning Lipski, geb. in Hamm, studierte an der Universität Bremen und an der Università di Bologna, Italien. 2006 Wechsel von Radio Bremen zum Norddeutschen Rundfunk in Schwerin. Seitdem freier Mitarbeiter bei NDR 1 Radio MV, Schwerpunkte: Bildung und Landespolitik.

schulen gescheitert ist. Ein verschultes Studium, übervolle Stundenpläne, ein fast unmöglicher Wechsel an andere Universitäten und viel zu viele Prüfungen in einem Semester waren die Kritikpunkte. Damit ist das Desaster noch nicht zu Ende, denn nach sechs Semestern verlassen die Absolventen die Hochschule mit einem Abschluss, der in der Wirtschaft kaum anerkannt ist. Bildungsminister Tesch hat die KMK-Beschlüsse zur Reform der Bologna-Reform im Landtag als „richtungweisend“ bezeichnet. In den neuen Eckwerten zur Hochschulentwicklung nimmt sich die Landesregierung in die Pflicht. Kehrseite der Medaille: Es blieb gar keine andere Wahl mehr. Der Druck der Studenten war so groß, dass die Politiker reagieren mussten. „Zurückschauen bringt wenig“, sagt der Minister immer in hitzigen Debatten. Stimmt, doch sollte er jetzt die Chance nutzen, die Studiengänge an den Hochschulen des Landes zu einem Vorbild für andere in Deutschland zu machen. Die Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist vergleichsweise überschaubar, der Kreis der handelnden Personen kleiner als anderswo. Kurze Wege führen schneller zum Erfolg. Es wird nicht genügen, sich auf die Hochschulautonomie zu berufen und die Rektoren mit der Umsetzung der Beschlüsse allein zu lassen. Die Studenten werden am besten beurteilen können, ob der Umbau gelingt. Wie gut der Ruf der Hochschulen ist, wird die Zahl der Studienanfänger belegen. Der Bewerberansturm zum Wintersemester zeigt, dass die Hochschulen auf dem richtigen Weg sind. Nur Wissenschaftler, die wahrgenommen werden; eine gute Qualität in der Lehre und gute Studienbedingungen werden dafür sorgen, dass die Hochschulen eine Strahlkraft entwickeln – in Mecklenburg-Vorpommern und über die Landesgrenzen hinaus.

Henning Lipski

Auf einem guten Weg

Bürgergespräch im Schloss zur deutschen Einheit

■ **Wie weit sind wir mit der deutschen Einheit? Die Frage wurde in diesem Jubiläums-Jahr häufig gestellt. „Auf einem guten Weg“ – so lauteten Thema und Fazit eines „Bürgergesprächs“ am 14. September im Festsaal des Schweriner Schlosses. Die Deutsche Gesellschaft, das Bundespresseamt und der Landtag hatten zur Podiumsdiskussion eingeladen, um vor rund 70 Gästen über den Stand der deutschen Einheit zu diskutieren.**

Sylvia Bretschneider, Landtagspräsidentin, dachte an die Anfangszeiten zurück: „Wir haben vor nunmehr 21 Jahren hier im Osten unser Schicksal selbst in die Hand genommen.“ Dadurch seien die Veränderungen ermöglicht worden. „Dass die friedliche Revolution gelang, ist eine wunderbare Sache“, sagte sie. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Selbstbestimmung würden heute als Selbstverständlichkeiten wahrgenommen, müssten aber durch aktive Mitwirkung entwickelt und bewahrt werden. „In den vergangenen 20 Jahren mussten wir – manchmal auf schmerzliche Art und Weise – erfahren: Wo Licht ist, ist auch Schatten“, fügte sie hinzu. Mitunter fühle man sich mit einer ostdeutschen Biografie noch unverstanden. So mancher hätte auch viel verloren – Arbeit, die Heimat in Mecklenburg-Vorpommern, eine scheinbar gesicherte Existenz. „Aber wir alle haben Entscheidendes gewonnen: Wir leben in einem Rechtsstaat; wir leben in einer Demokratie, die uns ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit erst ermöglicht. Dies haben wir 1989 errungen, und wir müssen es uns, unseren Kindern und Enkelkindern bewahren“, betonte die Präsidentin. Demokratie bedeute auch Verantwortung. Dies müsse man den Menschen bewusst machen.

Der Bürgerrechtler und Theologe Heiko Lietz bedauerte, dass mit der deutschen Einheit dem Osten westdeutsche Rechtsnormen „eins zu eins“ übergestülpt worden und auch eine Debatte um eine neue, gemeinsame Verfassung unterblieben sei. „Unsere Revolution sollte auch den Westen zum Tanzen bringen. Aber der wollte nicht“, sagte er.

Die Landtagspräsidentin erinnerte an die kritische Bewertung der Betreuung in ostdeutschen Kitas, die mittlerweile als Vorbild gelte. Sie bedauerte, dass ein

Informationsstand zum Tag der Einheit auf dem Schweriner Markt nur wenige Stunden zuvor kaum Resonanz gefunden hatte. Nach Auffassung von Heiko Lietz beruht dieses scheinbare Desinteresse auf einer fehlenden emotionalen Bindung zum Tag der Deutschen Einheit. „Der 3. Oktober ist nichts anderes als ein Bürokrattentag“, sagte der einstige Güstrower Wende-Aktivist. Für ihn sei der 9. Oktober die Geburtsstunde der friedlichen Revolution und ein würdiger Feiertag – der Tag jener denkwürdigen Demonstration in Leipzig, an dem sich entschied, dass es keine gewaltsame Lösung wie in Peking geben wird. Diesen Gedenktag, so Professor Alexander Gallus von der Universität Rostock, hätte man aber den meisten Leuten erst erklären müssen.

Nach Meinung des Leiters der Landeszentrale für Politische Bildung, Jochen Schmidt, überlagert die Debatte um die Defizite der Einheit die erzielten Fortschritte. Stereotype wie Jammerossi und Besserwessi würden weiter gepflegt. „Ostalgie“ und „Westalgie“ seien noch weit verbreitet. Für die Nachwendegeneration sei das aber schon kein Thema mehr. „Ost-West-Differenzen werden schon bald Teil deutscher Folklore sein“, sagte er. Im Übrigen seien viele Differenzen auch im Altbundesgebiet historisch bedingt: „Was glauben Sie, was ich als Schwabe in Baden erlebe“, sagte er mit einem Augenzwinkern.

Mecklenburg-Vorpommerns Landesrabiner William Wolff erinnerte aus dem Publikum an die Repressalien bei den Grenzkontrollen. Er habe mal das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ umständlich für einen Verwandten durch die Mauer geschmuggelt. „Warum war das alles nötig?“, fragte er.

„Lasst uns nach vorne gucken“, sagte



eine Besucherin aus Stralsund. Das tat der ehemalige Weltklasse-Hochspringer Gerd Wessig, als er prophezeite, dass in zwanzig Jahren der Stolz, Deutscher zu sein, normal sein werde. „Und es werden keine extremen Parteien mehr im Landtag vertreten sein“, ergänzte Sylvia Bretschneider. Und Dieter Schulz, Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung, appellierte, die Vergangenheit nicht zu vergessen: „Jeder muss sich ihr stellen, nur dann kann man in die Zukunft gehen.“

So verstanden die Besucher jenes Abends die Veranstaltung genau wie die Landtagspräsidentin als einen „Baustein“ auf dem Weg zur deutschen Einheit.

Im Podium

Sylvia Bretschneider,
Präsidentin des Landtages

Jochen Schmidt,
Landeszentrale für Politische
Bildung M-V

Prof. Dr. Alexander Gallus,
Universität Rostock

Heiko Lietz,
Theologe, Menschenrechtler

Dieter Schulz,
Chefredakteur Schweriner
Volkszeitung

Gerd Wessig,
Unternehmer, ehemaliger
Weltklasse-Hochspringer

Einigkeit und Recht und Freiheit in Mecklenburg-Vorpommern

Landtag zieht in Aktueller Stunde Bilanz nach 20 Jahren Einheit

■ Nach zwei Jahrzehnten deutscher Einheit zog der Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine differenzierte Bilanz über den Aufbau Ost. Das Thema der Aktuellen Stunde „20 Jahre Einigkeit und Recht und Freiheit in Mecklenburg-Vorpommern – Selbstbewusst die Vergangenheit sehen und die Zukunft gestalten“ hatte die CDU-Fraktion ausgewählt. Gewürdigt wurde in der Debatte am 15. September von nahezu allen Rednern der Wert der friedlichen Revolution.



Harry Glawe (CDU)

CDU-Fraktionschef **Harry Glawe** verwies vor allem auf die Erfolge, die seit 1990 erreicht wurden. „Es hat ein einmaliger und nie dagewesener Aufholprozess stattgefunden“, sagte er und erinnerte daran, welches persönliche Risiko viele Bürger auf sich genommen haben, um mit ihren Protesten auf den Straßen die Veränderungen herbeizuführen. Die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. „Freiheit ist das höchste Gut“, fügte er hinzu. Aber auch Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit, Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Justiz, sowie eine Wirtschaftsordnung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiere, seien nicht hoch genug zu schätzen. Er kündigte einen Sammelband mit individuellen Geschichten aus der Wendezeit an, den seine Fraktion Ende Oktober herausgeben will.

„Der Aufbau Ost als bloßer Nachbau West ist gescheitert“, sagte der Vorsitzende der Linksfraktion, **Helmut Holter**. „Die aus dem Westen abgekupferten Rezepte haben nicht funktioniert.“ Die geleistete



Helmut Holter (DIE LINKE)

Aufbauarbeit sei jedoch nicht hoch genug zu schätzen. Holter würdigte auch die Bürgerbewegung von 1989. „Die Öffnung der Mauer und die Wiedervereinigung waren Ergebnis einer Volksbewegung“, sagte er. Die DDR sei eine Diktatur gewesen, die zu Recht habe scheitern müssen. „Eine Minderheit kann niemals dauerhaft über eine Mehrheit herrschen. Eine Staatsform wie die Diktatur ist von vornherein zum Untergang verurteilt.“ Allerdings sei nach dem Mauerfall auch eine Chance vertan worden. „Es war keine wirkliche Vereinigung zweier Staaten, sondern es war ein Beitritt der DDR an die alte Bundesrepublik nach Artikel 23 Grundgesetz, und darin ist des Pudels Kern tatsächlich zu suchen“, kritisierte er.

Der SPD-Abgeordnete **Dr. Gottfried Timm** erklärte, dass die Einheit Deutschlands nur mit der Einführung der D-Mark und der Übernahme von erprobten Institutionen so zu gestalten gewesen sei, wie sie letztendlich gestaltet worden ist. „Wir standen vor der Aufgabe, aus einer



Dr. Gottfried Timm (SPD)

Diktatur eine lebendige Demokratie werden und wachsen zu lassen, und das war sehr viel mehr als ein einfacher gesetzgeberischer Akt“, erinnerte er. Die Prägung der Diktatur habe tief in die Gesellschaft hineingereicht. Die Verunsicherung sei groß gewesen. „Auch deswegen, weil viele drüben im Westen nicht verstanden haben, was es bedeutet hat, in einer Diktatur gelebt zu haben und diese aktiv hinter sich lassen zu wollen“, sagte er. Die erfolgreichen Protestbewegungen gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerks und das „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner-Heide zeigten die Möglichkeiten einer Demokratie.



Michael Roolf (FDP)

FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** sprach Defizite in der Entwicklung seit 1990 an. So sei die Vereinbarkeit von Beruf

und Familie schwieriger geworden. Das Wichtigste müsse sein, allen Bürgern ein Familienleben zu ermöglichen, dass sie selbst nach ihren Vorstellungen gestalten können. „Ich habe in der DDR die Möglichkeit gehabt, mich ganz individuell und persönlich um die Kinder zu kümmern.“ Das habe er nie bedauert. Der Fall Thilo Sarrazin zeige dagegen die Bedeutung der Meinungsfreiheit. Der scheidende Bundesbankvorstand wäre in der DDR ins Gefängnis gekommen, wenn er sein Buch überhaupt hätte schreiben können, sagte Roof. „Heute können die Leute selbst entscheiden, ob sie sein Buch kaufen.“



Udo Timm (CDU)



Udo Pastörs (NPD)

Fotos: Ulve Balewski

Udo Timm (CDU) erinnerte an die friedliche Revolution in seiner Heimatstadt Bergen, die Ende Oktober 1989 mit einer Friedensandacht in der Marienkirche eingeläutet wurde. Er habe zu den Gründungsmitgliedern des Demokratischen Aufbruchs auf der Insel Rügen gehört. „Heute – 20 Jahre später – sieht, wer mit offenen Augen durch unser Land geht, dass aus der grauen DDR blühende Landschaften geworden sind, dass aus gebückten Menschen aufrechte und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger wurden. In 20 Jahren haben wir in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam viel

erreicht.“ Natürlich gebe es noch viele Probleme. „Auch diese sind lösbar. Vergangenheit bewältigen, Zukunft mit allen Menschen sozial, ökologisch und ökonomisch gestalten – lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!“, forderte er.

Meinungsfreiheit ist nach Meinung von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** heute nur „abstrakt“ vorhanden. „Wenn sie denn jemand in Anspruch nimmt, dann hat er genau die Repressalien zu fürchten wie zu DDR-Zeiten. Die Bürger der BRD werden genauso bespitzelt – nicht von der Stasi, sondern vom Verfassungs-

schutz –, wenn sie nicht konforme Meinungen äußern, wie das in der SED früher gang und gäbe war“, sagte er. Er verwies unter anderem auf Thilo Sarrazin und die Vertriebenen-Chefin Erika Steinbach. „Repressalien, Ausgrenzung, Berufsverbote – diese Leute werden aussortiert, nicht nur in der SPD, sondern auch in der Christlichen Sozialen Union.“ Die Hartz-IV-Empfänger im Land und die verarmten Familien könnten sich Reisefreiheit nicht leisten. Sie seien auch von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen.

Gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Landtagspräsidentin erinnert an die Nürnberger Rassengesetze der Nationalsozialisten

■ In Abstimmung mit den demokratischen Fraktionen des Landtages erinnerte Sylvia Bretschneider zu Beginn der Plenarsitzung am 15. September an die Verabschiedung der sogenannten Nürnberger Gesetze durch die Nationalsozialisten vor 75 Jahren.

„Der 15. September 1935 war der Tag, an dem ein Krieg begann, ein Krieg gegen die Menschlichkeit, gegen die Menschenwürde und gegen die eigene Bevölkerung“, sagte Sylvia Bretschneider. Mit dem sogenannten „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ sowie dem sogenannten „Reichsbürgergesetz“ hätten die Nationalsozialisten ihre unverhohlene Feindschaft gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger in mörderische Rechtsnormen gegossen und damit den entscheidenden Schritt getan zu Entrechtung, Vertreibung und

Vernichtung von Menschen durch den faschistischen deutschen Staat. Es sei wichtig, sich heute in Mecklenburg-Vorpommern an diesen dunklen Tag deutscher Geschichte zu erinnern, betonte die Präsidentin. „Leider müssen wir auch heute erleben, wie sich Menschen über andere erheben, sich als etwas Besseres verstehen, weil ihr Gegenüber eine andere Religion hat oder aus einem anderen Land kommt“, mahnte sie. In der Auseinandersetzung mit totalitären Ideologien, mit Ignoranz und Rassismus dürfe man nicht nachlassen. Diese Auseinandersetzung verlange Wissen um geschichtliche Zusammenhänge, erfordere Stabilität von Grundwerten, die Entwicklung von Fähigkeiten zur Gemeinsamkeit und das Verstehen des anderen als Bereicherung des eigenen Lebens. „Wir müssen Fremdenfeindlichkeit entgegentreten“, so Bretschneider. „Und dafür müssen wir gemeinsam

den zu weit verbreiteten stereotypen und rassistischen Vorurteilen gegen ethnische Minderheiten die tatsächlichen Wahrheiten entgegensetzen.“ Es seien nicht alle Menschen gleich – aber allen komme die gleiche Menschenwürde zu, allen seien die gleichen Menschenrechte gegeben. „Darauf kommt es an, und das dürfen wir nicht vergessen und infrage stellen“, betonte Bretschneider. Sie forderte alle Bürgerinnen und Bürger auf, im Sinne der Landesverfassung gegen alle Handlungen vorzugehen, mit denen rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut verbreitet werden soll. „Lassen Sie uns zusammen eine Gesellschaft gestalten, in der solche Rechtsnormen, wie die am 15. September 1935 beschlossenen Gesetze, undenkbar sind und die verordnete Ausgrenzung und Ermordung von Mitmenschen nie mehr geschehen kann!“

Reform Polizeigesetz

Heftige Debatte über Elektroschock-Geräte

■ Der Landtag hat am 15. September eine Reform des Polizeirechts auf den Weg gebracht. Jetzt sollen die Ausschüsse über die vorgesehenen Änderungen am Sicherheits- und Ordnungsgesetz beraten. Besonders umstritten war in der Debatte die geplante Anschaffung von Elektroschock-Geräten für die Polizei.

Torsten Renz (CDU), der den Entwurf der Koalitionsfraktionen ins Parlament einbrachte, verteidigte die vorgesehenen Maßnahmen. Sie seien nötig, um die Bevölkerung besser zu schützen und die Polizei besser auszurüsten. Dazu zähle auch die Ausstattung mit sogenannten Distanz-Elektroimpulsgeräten, auch Taser genannt. Zudem sollen mit dem Gesetz die Rechte der Bürger gestärkt werden. Zum Beispiel könnten überwachte Personen künftig Observations gerichtlich überprüfen lassen, was bislang nur eingeschränkt möglich gewesen sei.

Die Linksfraktion verwies auf eine Einschätzung der Vereinten Nationen, die den Einsatz von Elektroschockern in Portugal als „eine Form der Folter“ bezeichnet hätten. In den USA und Kanada seien bereits 290 Menschen nach dem Einsatz der sogenannten Taser gestorben, sagte die Abgeordnete **Gabriele Mestan**. Ihrer Auffassung nach ist das neue Gesetz nicht ausgewogen. „Im Zweifel werden die Rechte der Polizei ausgeweitet“, betonte sie.

Innenminister **Lorenz Caffier** verteidigte die geplante Anschaffung von maximal sechs „Distanz-Elektroimpulsgeräten“. Sie seien im Vergleich zur Schusswaffe ein milderer Mittel. Spezialeinheiten sollen die Geräte bei Geiselnahmen und Amokläufen einsetzen können. Ziel sei es, den Täter mit einem Stromstoß augenblicklich außer Gefecht zu setzen, ohne ihn schwer zu verletzen. Caffier übte in diesem Zusammenhang scharfe Kritik an der Berichterstattung der Medien. Diese hätten „mit zum Teil dramatischen, aber auch unwahren Informationen versucht, eine negative



Foto: Cornelius Kettler

Stimmung gegen diesen Gesetzentwurf zu entwickeln“. Tatsächlich werde das Polizeirecht nicht verschärft, sondern modernisiert, meinte der Minister. Die Reform des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes solle bestehende Regelungen bewahren, die sonst 2011 auslaufen würden. Zudem seien Anpassungen an EU-Recht und Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vorgesehen. Als Beispiel nannte er grenzüberschreitende Polizeieinsätze. Zum Teil würden sogar die Bürgerrechte gestärkt. So solle die Polizei künftig Betroffene besser über Observations-Maßnahmen informieren, damit die Bürger sich gegebenenfalls rechtlich zur Wehr setzen können.

Der SPD-Abgeordnete und frühere Innenminister **Dr. Gottfried Timm** sagte, auch die Polizei in Berlin und Brandenburg, wo die Linke mitregiere, verfüge über Taser. Weitere Kompetenzen für die Polizei, wie der Einsatz der Gen-Analyse bei der Identitätsfeststellung, seien dringend notwendig. Wenn Eltern eines vermissten Kindes derzeit darum bitten würden, gefundene Kleidung mit Spuren ihres Kindes abzugleichen, so dürfe das die Polizei nicht machen. Die Rechtsgrundlagen dafür würden nun geschaffen.

Der FDP-Innenexperte **Gino Leonhard** bemängelte, die Balance zwischen Gefahrenabwehr und Repression werde deutlich verschoben. Als Beispiel nannte er die Videoüberwachung öffentlicher Plätze. Dabei habe die Landesregierung selbst eingeräumt, dass es im Land keine Kriminalitätsschwerpunkte gebe. Die Überwachung sei darum ein Ausdruck des Misstrauens gegen die Bürger. Die massenhafte Erfassung der Autokennzeichen sei verfassungswidrig. Bei der Anschaffung der Elektroschock-Geräte deutete Leonhard Kompromissbereitschaft an, sofern es eine eindeutige Regelung gebe. NPd-Abgeordneter **Michael Andrejewski** warnte vor einer Falle, die sich im Entwurf

verstecke. „Wenn man die Polizei ausdünn und je älter und mangelhafter die Ausrüstung ist, je weniger Polizeibeamte zur Verfügung stehen, desto mehr ... Befugnisse brauchen sie, damit sie überhaupt noch irgendetwas erreichen können“, sagte er. Er frage sich, „ob die Taser nicht der Billigeinsatz und -ersatz für Neueinstellungen junger Beamter sein sollen“.

Der Abgeordnete **Torsten Koplin** (DIE LINKE) warf der Landesregierung vor, sie wolle die Repression gegen sozial Benachteiligte verschärfen. „Sie kalkulieren ganz klar, dass es zu sozialen Protesten und Unruhen kommt. Sie versuchen, mit modernen Geräten Vorsorge zu treffen“, sagte Koplin und provozierte mit diesen Äußerungen empörte Zwischenrufe aus den Koalitionsfraktionen. Er forderte eine andere Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die Taser-Waffen in Berlin und Brandenburg seien zudem vor der Regierungsbeteiligung seiner Partei eingeführt worden. Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie von FDP und DIE LINKE zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

[Drucksache 5/3735](#)

Taser

„Taser“ oder „Distanz-Elektroimpuls-waffen“ verschießen kleine Projektile, die per Draht mit dem Gerät verbunden bleiben. Über diese Drähte sollen die Beschossenen durch Schocks kampfunfähig gemacht werden, ohne sie schwer zu verletzen. Amnesty International kritisiert, dass immer wieder Menschen nach einem Taser-Einsatz sterben. In Deutschland haben mehrere Länder Taser angeschafft, meist für SEK oder MEK-Spezialeinheiten.

Atomkraftwerke

Antrag der Linken gegen Laufzeitverlängerung findet keine Mehrheit

■ Die Linksfraktion hat sich im Landtag gegen die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke ausgesprochen. Sie forderte die Landesregierung auf, sich einer Länderklage für eine Bundesratsbeteiligung anzuschließen. Zudem solle das Parlament selbst ein Votum gegen die Laufzeitverlängerung abgeben. Der Antrag, den die Fraktion am 15. September einbrachte, scheiterte. Er fand nur die Zustimmung der Linken.

In der Bundesrepublik hätten in der Energiepolitik die „Konzernbosse“ das Sagen, kritisierte **Wolfgang Griese** (DIE LINKE). „Sie diktieren und die Regierung macht“, sagte er. Deshalb fordere seine Fraktion, dass sich auch Mecklenburg-Vorpommern den von zahlreichen Landesregierungen angekündigten Verfassungsklagen anschließt. Diese richteten sich dagegen, dass der Bundesrat bei der Aushebelung des Gesetzes zum Atomausstieg umgangen werden soll. Die SPD mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze könne sich nicht noch länger das „Mäntelchen des Förderers von erneuerbaren Energien“ umhängen und gleichzeitig nichts dafür tun – „immer mit dem Verweis auf den Bremsen CDU“, sagte der Parlamentarier.

Dr. Gottfried Timm (SPD) machte die Kritik seiner Partei an der Atompolitik von Schwarz/Gelb deutlich. Mit der geplanten Verlängerung werde ein rund zehn Jahre alter gesellschaftlicher Konsens aufgebrochen. Zudem sei die Frage der Endlagerung von atomaren Abfällen ungelöst. Dennoch sei es nicht nötig, die SPD aufzufordern, am Ausstieg aus der Kernenergie festzuhalten. Schließlich habe seine Partei in den Jahren 2000 und 2001 im Bund harte Verhandlungen mit der Energiewirtschaft geführt, die schließlich zu einer Vereinbarung über den Atomausstieg geführt haben. Auch in Mecklenburg-Vorpommern werde die SPD-Fraktion den Weg einer neuen Energiepolitik weiter beschreiten, die auf regenerative Energien anstatt auf Atomkraft setzt.



Foto: Jens Büttner

Die Laufzeitverlängerung habe die Bürger nicht überrascht, sagte **Sigrun Reese** (FDP). Darauf hätten die Liberalen schon vor der Wahl hingewiesen. Die neuen Energien könnten die Energieversorgung kurzfristig noch nicht übernehmen. Endlich widme sich eine Bundesregierung auch der Frage der Endlagerung. Dies sei bisher versäumt worden.

Der Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** (CDU) betonte, dass eine Laufzeitverlängerung auch für Mecklenburg-Vorpommern mehr Versorgungssicherheit und günstigere Preise bringe. Die Kernenergie sei eine „Brückentechnologie“ auf dem Weg zu einer umweltschonenden und bezahlbaren Energieversorgung, die von der Bundesregierung angestrebt werde. „Auch werden, wenn ab 2030 die ersten Kernkraftwerke vom Netz gehen, ohne Laufzeitverlängerung erhebliche Stromimporte notwendig“, dämpfte er zu große Erwartungen. Er erteilte einer Beteiligung an einer Verfassungsklage eine Absage. Das Gesetz berühre die „Vollzugshoheit“ der Länder nicht. Seine Fraktion werde den Antrag der Linken ablehnen.

Nach Ansicht von **Stefan Köster** (NPD) ist die Forderung der Linksfraktion „weit weg von der Realität“. Erneuerbare Energien könnten auch in Jahrzehnten noch nicht die Versorgungslücke schließen. Zudem stünden ihnen viele Bürger skeptisch gegenüber. Wenn die Energiekonzerne verstaatlicht und die Gewinne dem Staat zufallen würden, wäre genügend Geld verfügbar, um die Forschung und den Ausbau alternativer Energiegewinnung zu fördern.

Helmut Holter, Fraktionschef der Linken, kritisierte die von Schwarz/Gelb beschlossene Verlängerung der Laufzeiten. „Das ist unverantwortlich, rückwärtsgerichtet und blockiert den erforderlichen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien.“ Ohne Laufzeitverlängerung würden, bis das letzte Atomkraftwerk vom Netz geht, noch mehr als 17.000 Tonnen hochradioaktiver Atom Müll angehäuft, mit der Verlängerung seien es fast 22.000 Tonnen. „Wo die gelagert werden sollen, ist bisher völlig offen“, sagte er. Kein Bundesland wolle den Müll haben. Der „verantwortungslose Wahnsinn“ müsse gestoppt werden.

[Drucksache 5/3743](#)

Längere Laufzeiten der AKW

Die Regierungskoalition aus Union und FDP hat sich am 5. September über Einzelheiten der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke verständigt. Ältere Atomkraftwerke sollen acht Jahre, neuere 14 Jahre länger laufen. Im Gegenzug soll die Atomindustrie eine auf sechs Jahre befristete Brennelementesteuer und eine zusätzliche Abgabe zum Ausbau erneuerbarer Energien entrichten. Es ist rechtlich umstritten, ob der Bundesrat, in dem die Regierungskoalition keine Mehrheit mehr hat, dem Gesetz zustimmen muss. Am 18. September demonstrierten in Berlin über 100.000 Menschen aus ganz Deutschland gegen die Atompläne der Bundesregierung.

Privatwirtschaft stärken

FDP-Entwurf zur Änderung der Kommunalverfassung abgelehnt

■ Die Liberalen wollen die Rechte der Privatwirtschaft gegenüber kommunalen Unternehmen stärken. Privatfirmen hätten keinen sicheren Rechtsschutz gegen die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen, sagte FDP-Fraktionschef Michael Roof. Er brachte am 15. September einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, mit dem eine entsprechende Änderung der Kommunalverfassung gefordert wurde.

Die bisherigen Regelungen sollten so verändert werden, „dass ein fairer Wettbewerb zwischen kommunaler und privater Wirtschaft gewährleistet wird“, sagte FDP-Fraktionschef **Michael Roof** bei der Begründung des Antrags. „Uns geht es ausdrücklich nicht darum, Kommunen die wirtschaftliche Betätigung zu untersagen“, betonte der Abgeordnete. Vielmehr solle der rechtliche Rahmen so gestaltet werden, dass es ein „chancengleiches Nebeneinander von privater und kommunaler Wirtschaft gibt“. So sollen Nachteile der privaten Unternehmer wie höheres Insolvenzrisiko und schlechterer Zugang zu bestimmten Informationen ausgeglichen werden. Zugleich würden die Kommunen dazu verpflichtet, sich auf Aufgaben zu konzentrieren, die einem öffentlichen Zweck dienen.

In der Debatte verwies Innenminister **Lorenz Caffier** auf den geplanten Gesetzentwurf der Landesregierung, der noch im Herbst in den Landtag eingebracht werden solle. Der Minister bestritt, dass eine Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten für Kommunen geplant sei. Es sollten sowohl die Interessen der Wirtschaft als auch der Kommunen berücksichtigt werden. Der Gesetzentwurf der FDP gehe einseitig zu Lasten der Gemeinden. Kommunale Betriebe müssten Gewinn machen können, wenn sie nicht das kommunale Vermögen aufzehren sollen. Caffier räumte aber ein, dass es „Sündenfälle“ in der kommunalen Praxis gegeben habe.

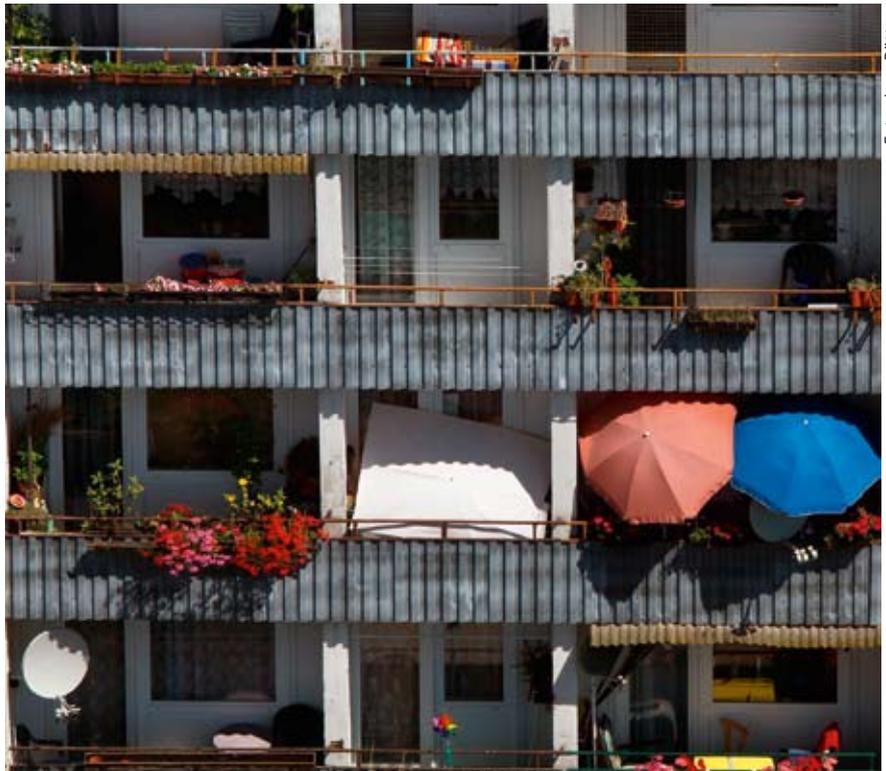


Foto: Jens Büttner

Mehrere kommunale Wohnungsunternehmen bieten in ihrem Wohnungsbestand auch Gästeunterkünfte an – die Schweriner Wohnungsgesellschaft mbH z.B. in den Stadtteilen Lankow und Neu Zippendorf.

Der kommunalpolitische Experte der SPD-Fraktion, **Heinz Müller**, sieht in dem Gesetzentwurf einen Versuch der FDP, den Städten und Gemeinden die wirtschaftliche Betätigung zu erschweren. „Wir verfolgen da eine ganz andere Linie“, verwies er auf den geplanten Entwurf der Koalition. Ziel müsse es sein, dass kommunale Unternehmen auch Gewinn erwirtschaften.

Auch DIE LINKE kritisierte den vorliegenden Gesetzentwurf. Er sei kein Beitrag zur angestrebten Deregulierung, sagte **Gabriele Mestan**, kommunalpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Es gebe zwar Änderungsbedarf bei der Kommunalverfassung, aber der gehe weit über die FDP-Vorschläge hinaus. Sie warf den Liberalen vor, die Gleichrangigkeit zwischen privater und kommunaler Tätigkeit aufzuheben und die Kommunen zu benachteiligen. Dennoch sollten Gesetzentwürfe der demokratischen Opposition nicht von vornherein abgelehnt werden. Außerdem müssten bei Belangen der Gemeinden in jedem Fall die kommunalen Verbände angehört werden. „Allein aus diesem Grunde“ stimme ihre Fraktion einer Überweisung in die Ausschüsse zu.

Burkhard Lenz (CDU) kritisierte vor allem die Verschärfung der sogenannten Subsidiaritätsklausel im FDP-Entwurf.

Momentan sei einer Gemeinde die wirtschaftliche Tätigkeit gestattet, wenn sie „die Aufgaben ebenso gut und wirtschaftlich wie Dritte erfüllen kann“. Die FDP verlange nun, dass die Kommunen die Aufgaben „besser und wirtschaftlicher“ erfüllen sollen. Zudem sollten sie sich der FDP zufolge auf Bereiche konzentrieren, die nicht gewinnbringend sind. Nach Auffassung seiner Fraktion aber stehen beide Bereiche gleichwertig nebeneinander. Deshalb werde die CDU den Entwurf ablehnen.

Nach Auffassung der NPD versucht die FDP-Fraktion mit der angestrebten Änderung der Kommunalverfassung, die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden einzudämmen. Die öffentliche Daseinsvorsorge müsse dem Gemeinwohl dienen und gehöre in die öffentliche Hand, sagte **Michael Andrejewski** (NPD). Wartungs- und Erneuerungsarbeiten sollten an regionale Handwerksbetriebe vergeben werden. Die Gewinne der kommunalen Betriebe müssten der Allgemeinheit zugute kommen und nicht wenigen Privatiers, forderte er.

Der Entwurf der FDP zur Änderung der Kommunalverfassung wurde nach der Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt.

[Drucksache 5/3729](#)

Weitere Beschlüsse des Landtages

Finanzierung von Sozialhilfe

■ Der Landtag hat am 15. September mehr als eine halbe Milliarde Euro für die Sozialhilfe freigegeben. Das Gesetz sieht 273,7 Millionen Euro für das laufende Jahr und 273,6 Millionen für 2011 vor. Die Summen, mit denen vor allem Eingliederungshilfen für Behinderte finanziert werden, sind im Landeshaushalt bereits eingeplant. Auch für die Errichtung von Pflegestützpunkten, die Betroffene unabhängig beraten sollen, stellt das Land Geld bereit, und zwar 750.000 Euro pro Jahr. Das Geld wird über den Kommunalen Sozialverband an die Pflege- und Betreuungseinrichtungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten verteilt.

*Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 5/3760*

Aufbewahrung von juristischem Schriftgut

■ Die Aufbewahrung von Gerichtsakten ist jetzt in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Landesgesetz geregelt. Das Parlament verabschiedete ein entsprechendes Gesetz am 15. September. Bislang galten für die Aufbewahrung des Schriftgutes der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsbehörden bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften. Das Gesetz regelt nun die grundsätzlichen Voraussetzungen für den Erhalt der Akten und ermächtigt das Justizministerium, die konkrete Dauer der Aufbewahrung selbst zu bestimmen.

*Annahme des Gesetzentwurfs entsprechend der Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses
Drucksache 5/3759*

Landeshaushaltsordnung

■ Einen Gesetzentwurf der FDP zur Änderung der Landeshaushaltsordnung hat das Parlament auch in der Zweiten Lesung am 15. September abgelehnt. Im Juni hatte der Landtag bereits die Überweisung in die Ausschüsse verweigert. Die FDP hatte eine Novellierung gefordert, mit der es auch einer Minderheit im Parlament ermöglicht wird, dem Landesrechnungshof einen Prüfauftrag zu erteilen. Damit könnte im Zweifelsfall die rechtmäßige Verwendung der Haushaltsmittel unverzüglich beurteilt werden, hieß es zur Begründung. Die Koalitionsfraktionen begründeten ihre Ablehnung unter anderem damit, dass es genug Kontrollmöglichkeiten für die Opposition gebe. Einer zusätzlichen Regelung bedürfe es nicht.

*Ablehnung des Gesetzentwurfs
Drucksache 5/3484*

Wechsel im Ältestenrat



Foto: Dirk Lange

Erinnerungsfoto an eine langjährige Zusammenarbeit im Ältestenrat: Gabriele Mestan (5.v.r.), die viele Jahre als Parlamentarische Geschäftsführerin (PGF) der Fraktion DIE LINKE dem Ältestenrat angehörte, zog sich aus gesundheitlichen Gründen aus ihrer Funktion zurück und hat angekündigt, 2011 auch nicht wieder für den Landtag zu kandidieren. Am 14. September wählte die Linksfraktion Regine Lück (2.r.), bisher stellvertretende Fraktionsvorsitzende, zu ihrer neuen Parlamentarischen Geschäftsführerin.

Der Ältestenrat unterstützt die Landtagspräsidentin bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, berät die Tagesordnung für die Landtagssitzungen und bespricht alle grundlegenden Entscheidungen in Bezug auf die Abgeordneten sowie die Arbeits- und Verwaltungsabläufe im Parlament. Dem Gremium gehören die Präsidentin, die Vizepräsidenten sowie je ein Vertreter jeder Landtagsfraktion – in der Regel der Parlamentarische Geschäftsführer – an.

v.l. Heinz Müller, PGF SPD-Fraktion; Reinhard Dankert, ehemaliger PGF SPD-Fraktion; 1. Vizepräsidentin Renate Holzengel; Landtagsdirektor Armin Tebben; 2. Vizepräsident Andreas Bluhm; Gabriele Mestan, ehemalige PGF DIE LINKE-Fraktion; 3. Vizepräsident Hans Kreher; Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider; Regine Lück, neue PGF DIE LINKE-Fraktion; Wolf-Dieter Ringguth, PGF CDU-Fraktion.

Mandatswechsel



Matthias Mantei (CDU) gehört seit 7. September als neuer Abgeordneter dem Landtag an. Der 36-jährige Usedomer rückte von der Landesliste für Ilka Lochner-Borst nach. Diese hatte nach ihrer Wahl zur Bürgermeisterin von Laage ihr Landtagsmandat zum 31. August niedergelegt. Mantei wird für seine Fraktion als stellvertretendes Mitglied in der Enquetekommission, im Petitionsausschuss, im Finanzausschuss und im Verkehrsausschuss mitarbeiten. Durch das Ausscheiden von Ilka Lochner-Borst hat es auch einen Wechsel an der Spitze des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur gegeben. Neuer Vorsitzender ist Marc Reinhardt (CDU).

Lehrerausbildung verbessern

Landtag debattierte Eckwerte der Hochschulentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern

■ Über die künftige Entwicklung der Universitäten und Hochschulen des Landes debattierte der Landtag am 16. September. Grundlage war die Unter- richtung durch die Landesregierung zu den Eckwerten der Hochschulentwick- lung 2011 bis 2015. Die Diskussion entzündete sich vor allem an der Lehrer- ausbildung. Um den künftigen Bedarf an Lehrern im Land abzusichern, sollen die beiden Universitäten langfristig 4000 Studienplätze für die Ausbildung von Lehrern bereitstellen. Rostock soll mit 2500 Studienplätzen Hauptstand- ort der Lehrerausbildung sein, in Greifswald sollen 1500 angehende Lehrer studieren können. Der Landtag beauftragte auf Antrag der Koalitionsfraktio- nen die Regierung, eine entsprechende Vereinbarung mit den Unis in Ro- stock und Greifswald abzuschließen. Kritik an den Plänen der Koalition kam von der Opposition. DIE LINKE und die FDP forderten „zeitnah ein Lehrerbil- dungsgesetz“. Einem entsprechenden Änderungsantrag der Linken stimmte der Landtag mehrheitlich zu. Der Antrag der Koalitionsfraktionen wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und Linken angenommen. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern

- Universität Greifswald
- Universität Rostock
- Hochschule für Musik und Theater Rostock
- Hochschule Neubrandenburg
- Fachhochschule Stralsund
- Hochschule Wismar
- Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechts- pflege Güstrow

Minister Henry Tesch:

„Die Ausbildungskapazitäten der Universitäten sind neu zu justieren“



■ „Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Gemäß Paragraf 15 Absatz 2 Landes- hochschulgesetz für Mecklenburg-Vor- pommern erarbeitet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur auf der Grundlage der Hochschulentwick- lungspläne und in Abstimmung mit den Hochschulen die Eckwerte der Hochschul- entwicklung. Und diese Eckwerte mit Be- zugszeitraum 2011 bis 2015 liegen Ihnen auf der Drucksache 5/3453 vor.

Sehr geehrte Abgeordnete, die Eckwerte

der Hochschulentwicklung sind in einem intensiven und sehr konstruktiven Be- ratungsprozess entstanden, wofür mein Dank allen Beteiligten, vor allen den Rek- toren und Kanzlern, gilt. Insgesamt ist es gelungen, die Eckwerte gemeinsam mit den Hochschulen zu formulieren. Dabei waren die Ansprüche der Wissenschaft und die Interessen des Landes miteinan- der zu verbinden. [...]

Auf europäischer Ebene ist die Fortschrei- bung des Lissabon-Prozesses bis 2020 un- ter dem Motto „Strategie für intelligentes,

nachhaltiges und integratives Wachstum“ der wesentliche Bezugsrahmen. Damit sind neue Qualitäten benannt. Einerseits sollen möglichst viele junge Menschen an Wissenschaft und Hochschulbildung par- tizipieren, andererseits verschärft sich der Wettbewerb der Hochschulen um Studie- rende, Professoren und Ressourcen ganz erheblich. Sowohl der Hochschulpakt in seiner 2011 beginnenden zweiten Phase als auch die Exzellenzinitiative sind wett- bewerblich angelegt. Und garantierte Mittelzuflüsse des Bundes gehören der Vergangenheit an. In der Forschung war dies immer schon so, jetzt greift dieses Prinzip auch auf Studium und Lehre über. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Hochschulen und das Land sind sich der Herausforderungen, vor denen sie stehen, ganz und gar be- wusst.

Ich nenne [...] die drei wichtigsten Zielstel- lungen für die künftige Entwicklung:

Qualität in Studium und Lehre sichern [...]
Forschung weiter profilieren [...]

Hochschulen und Wissenschaft im Dienst von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur [...]

Vor diesem Hintergrund – Studium und Lehre, Forschung und Nachwuchskräftesicherung – haben die Hochschulen und das Land ihre Vorstellungen zur fachlichen Strukturierung der Hochschulen abgeglichen und ein zusammenhängendes, zugleich aber auch entwicklungs-offenes System geformt.

Als [...] Schwerpunkt gelten dabei die Gesundheitswissenschaften, deren Förderung eine ressortübergreifende Aufgabe ist. [...]

Und, sehr geehrte Abgeordnete, lassen Sie mich jedoch zuvor einen Punkt ansprechen, [...] nämlich die künftige Gestaltung der Lehrerausbildung in Mecklenburg-Vorpommern. [...]

Von vornherein war mir klar, dass sich auf diesem Gebiet schon rein im Quantitativen etwas ändern muss. Die Länder müssen ihre Lehrbedarfsplanung auf den Tisch legen. Dabei ist jedes Land an den Grundsatz der Selbstversorgung gebunden. Und das habe ich als Präsident der Kultusmini-

sterkonferenz den Ländern gleichsam ins Stammbuch geschrieben.

In Umsetzung dieses Kultusministerkonferenzbeschlusses [...] habe ich erstmalig eine Lehrbedarfsprognose für Mecklenburg-Vorpommern erstellen lassen, die für den allgemeinbildenden Bereich mittlerweile bis 2030 [...] lehramts- und fächerbezogen ausgearbeitet vorliegt. Für den berufsbildenden Bereich wird die Bedarfsanalyse mit einem Zeithorizont bis 2025 zurzeit erarbeitet. [...]

Gleichzeitig habe ich im November 2007 erstmals ein Programm für Junglehrer gefordert. Das ist nun Realität und hat Auswirkungen auf die Lehrerausbildung. [...] Auch der Bedarf an Berufsschullehrern wächst. Für all dies muss heute Vorsorge getroffen werden. Die Ausbildungskapazitäten der Universitäten sind neu zu justieren und möglichst bedarfsgerecht auf die Lehrämter und Fächer zu verteilen. [...]

Rostock ist der Hauptstandort der Lehrerausbildung im Lande, und das dortige Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung übernimmt koordinierende Funktionen. Greifswald trägt zur Leh-

rerbildung im Lande im Rahmen der gegenwärtig angebotenen Lehrämter und Fächer bei. Und dabei ist die Qualität oberstes Prinzip.

Wir müssen auch im Rahmen des noch vorzulegenden Lehrerbildungsgesetzes hier zu deutlich mehr pädagogischer und didaktischer Professionalität im Lehrerberuf kommen. [...]

Sehr geehrte Abgeordnete, [...] Die abschließenden Verhandlungen zwischen Hochschulen und Ministerium [...] laufen derzeit. Ich kann Ihnen sagen, dass nach der Ressortabstimmung [...] die Zielvereinbarungen unterzeichnet werden und dann dem Landtag noch im Dezember zugeleitet werden können.

[...] So sollte nach den Eckwerten auch das Thema Zielvereinbarungen konform mit den Regelungen des Landeshochschulgesetzes rasch abgeschlossen werden, damit die notwendige Planungssicherheit für die weitere gedeihliche Entwicklung der Hochschulen und der Lehrerausbildung im Lande gegeben ist. – Herzlichen Dank.“

Mathias Brodtkorb, SPD:

„Es muss zu einer massiven Qualitätsverbesserung im Bereich der Lehrerbildung kommen“



■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! [...] Ich möchte anhand der Tatsache, dass wir für heute wohl eine sehr ruhige und konstruktive Debatte zu erwarten haben, noch mal darauf hinweisen, dass der Grundstein dafür eben in der letzten Legislaturperiode gelegt wurde dadurch,

dass mit den Hochschulen eine langfristige Vereinbarung getroffen wurde darüber, in welche Richtung sie sich entwickeln sollen, welche Stellenzahl und welche Finanzausstattung sie erhalten werden. Und an der Stelle zeigt sich aus meiner Sicht, dass genau das sinnvoll war, eine solche langfristige Abmachung mit den Hoch-

schulen zu treffen. Dennoch schlugen die Fraktionen von SPD und CDU Ihnen nicht nur vor, den Eckwerten zuzustimmen, [...] sondern auch noch einige Präzisierungen und Bestimmungen vorzunehmen. Das betrifft im Wesentlichen zwei Punkte, zunächst, dass das Land in den Zielvereinbarungen seine Rechte gegenüber den Hochschulen dadurch wahren sollte, dass auch in Zukunft die Fächer, die hier im Land mindestens einmal angeboten werden, festzuschreiben sind. Dies war schon in den letzten Zielvereinbarungen der Fall. [...] Herr Minister Tesch hat bereits darauf hingewiesen, der eigentliche Knackpunkt dieser Zielvereinbarungen sind letztlich die Fragen zur Lehrerbildung. [...] Die Landesregierung ist zu dem Ergebnis gekommen, dass langfristig etwa 4.000 Studienplätze ausreichend sein dürften, um den Bedarf an Lehrern in Mecklen-

burg-Vorpommern zu decken. Allein hieraus resultiert die Tatsache, dass man nicht vollständig darauf verzichten kann, dass Greifswald Lehrer ausbildet. Rostock hat im Moment etwa 2.800 Studienplätze, [...] also wird man, um den langfristigen Lehrerberauf zu decken, beide Standorte aufrechterhalten müssen. [...]

Dennoch unterstützen auch wir die Entscheidung der Landesregierung, [...] Rostock zum eindeutigen Hauptstandort der Lehrerbildung auszubauen und Greifswald doch mit empfindlichen Abbauvorgaben zu konfrontieren. [...]

Es wird zum Beispiel behauptet, der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hätte beschlossen, in Greifswald die Lehrerbildung vollständig abzuschaffen, und in Rostock wäre beschlossen worden, dort die Juristenausbildung vollständig abzuschaffen. Beides ist falsch. Richtig ist, dass beschlossen wurde, Rostock zum Hauptstandort der Lehrerbildung zu machen und Greifswald zum Hauptstandort der Juristenausbildung. So, wie es in Rostock noch juristische Professuren und Studiengänge gibt, war auch in Greifswald nie geplant, eine vollständige Einstellung der Lehrerbildung herbeizuführen [...]

Noch einmal zu der Zahl: Wie kommt man eigentlich auf 4.000 bei einem langfristigen Lehrerberauf von 300 pro Jahr? Ich halte diese Annahme von 4.000 für seriös und sinnvoll, weil sie ausreichend Spielraum bietet, auch noch mit Schwund zu rechnen. [...]

Allerdings muss man vielleicht Folgendes präzisieren oder klarstellen: Diese Zahl von 4.000 und die Festlegung auf zweieinhalbtausend in Rostock und anderthalbtausend in Greifswald in der langen Frist kann gar nicht im eigentlichen Sinne Gegenstand der derzeitigen Zielvereinbarungen sein. Der Minister hat darauf hingewiesen – das Hochschulgesetz sieht vor, dass die Eckwerte eine Planungsperiode definieren und die Zielvereinbarungen für diese Planungsperiode abgeschlossen werden. Und diese Planungsperiode endet im Jahr 2015. Der Lehrerberauf, über den wir hier sprechen, von 300 pro Jahr nach 2025, kann damit aber gar nicht erreicht werden. Und selbst wenn man die Ausbildungszeit von Lehrern von acht Jahren, die der Minister genannt hat, davon

abzieht, dann sind wir beim Jahr 2017 und nicht beim Jahr 2015.

Warum dennoch diese langfristige Perspektive? Um schon frühzeitig festzulegen, [...], auf welchen Wert sich Greifswald einstellen muss, dass man schon heute sagen kann, mehr als anderthalbtausend Studienplätze können es nicht sein. Und um der Zielvereinbarung der letzten Legislatur entgegenzukommen oder ihr gerecht zu werden, muss Greifswald schon jetzt zeitnah seine Kapazitäten deutlich abbauen, während wir in Rostock, der Minister hat das gesagt, im Bereich der Mangelfächer und Schularten eher über Hochschulpaktmittel von einem Ausbau reden, aber auch das rein rechtlich, das sei hier an dieser Stelle klargestellt. [...]

Zwei, drei Dinge sind hier noch wichtig, dann möchte ich auch schon schließen:

Erstens wollen wir uns hier heute festlegen und schlagen vor, dass wir die Lehrerbildung dahingehend verändern, dass die Regelstudienzeit für Lehrer auf zehn Semester ausgeweitet wird, von acht beziehungsweise neun auf zehn Semester. Für diejenigen, die jetzt befürchten, die Gesamtausbildungszeit der Lehrer würde sich dadurch verlängern, sei angemerkt, es geht darum, das Referendariat um den entsprechenden Betrag zu verkürzen und bereits mehr Praxis und pädagogisch orientierte Anteile in die Erstausbildung zu integrieren. Es geht also um eine Qualitätssteigerung, nicht um eine Verlängerung der Ausbildung.

Wir halten es zweitens für erforderlich, dass die Regierung insbesondere mit der Universität Rostock darüber verhandelt, dass die Berufsschullehrerausbildung wieder eingeführt wird. [...]

Und drittens [...]: Es muss zu einer massiven Qualitätsverbesserung im Bereich der Lehrerbildung kommen, und da möchte ich insbesondere den Standort Greifswald ansprechen. Der Senat der Universität Greifswald hat sich dafür ausgesprochen, einstimmig, die Lehrerbildung fortzuführen. Wenn die Universität Greifswald dieses will, muss sie auch bereit sein, die Ressourcen und Stellen zur Verfügung zu stellen, um dort die Pädagogik entsprechend auf hohem Niveau anzubieten. Es gibt derzeit berechnete Zweifel, dass

das in ausreichendem Umfang der Fall ist. [...]

In diesem Zusammenhang könnte es auch hilfreich sein, vielleicht die eine oder andere Flexibilisierung in der Bewirtschaftung von Stellenplänen vorzunehmen. Dies ist aber eine sowohl rechtlich als auch politisch durchaus nicht unproblematische Angelegenheit, und deswegen schlagen wir Ihnen vor, dass wir uns, was dies angeht, zunächst auf einen Prüfauftrag an die Regierung beschränken und dies dann einfach konstruktiv in den Ausschüssen weiter begleiten.

Sie merken schon, meine Rede war sehr unemotional und ohne große Pointen. Ich habe also versucht, dem sachlichen Geist, in dem wir uns befinden, einigermaßen gerecht zu werden. [...].
Ich [...] danke für die Aufmerksamkeit."

Bologna-Prozess

Benannt nach der „Bologna-Erklärung“, die 1999 im Rahmen einer Konferenz der Bildungsminister von 29 europäischen Staaten in Bologna verabschiedet wurde, bezeichnet der Begriff „Bologna-Prozess“ die Bestrebungen, bis 2010 einen gemeinsamen Europäischen Hochschulraum zu schaffen. Kernelemente dieser Reformen sind die Vergleichbarkeit von Hochschulabschlüssen, die Einführung eines zweistufigen Studiensystems (Bachelor und Master) sowie eines Leistungspunktesystems, die Zusammenarbeit im Bereich der Qualitätssicherung, die Förderung der Mobilität der Hochschulangehörigen sowie die Förderung der europäischen Dimension in der Hochschulbildung. Mittlerweile haben sich zahlreiche weitere EU-Staaten diesem Prozess angeschlossen. In Deutschland kommt Kritik am Bologna-Prozess sowohl von Vertretern der Hochschulen als auch von Studenten. Bemängelt wird die „kurze“ Studiendauer des Bachelor von meist nur sechs Semestern. Es wird auch befürchtet, dass der Bachelor von vielen Arbeitgebern nicht als berufsqualifizierender Abschluss gesehen wird. Studierende klagen über Stress, finanzielle Probleme und die Angst, auf dem Arbeitsmarkt zu scheitern.

Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:

„Was politisch gewollt ist, wird auch finanziert“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! [...]“

Auch wenn die Diskussion um die Eckwerte recht ruhig verlaufen ist, wenn ich das so sagen darf, wird es wohl spätestens bei den Zielvereinbarungen auf der Ziellinie anders sein. Bedingt durch die Festschreibung der Stellenzahl bis 2020 sind die Gestaltungsspielräume der Hochschulen eng. Insoweit ist kritisch zu hinterfragen, welche Auswirkungen zusätzliche Aufgaben des Landes haben werden.

Die Hochschulen machen geltend, dass zusätzliche Aufgaben oder die Steigerung der Qualität in Lehre und Forschung ohne zusätzliche Mittel nicht zu machen sind. Dass man dies ernst nehmen muss, zeigen, um nur drei Beispiele zu nennen, die Studierendenproteste zur Umsetzung des Bologna-Prozesses, die Probleme mit den kleinen geisteswissenschaftlichen Fächern und die aktuellen Diskussionen um die Lehrerbildung. Die Landesregierung hält dem entgegen, ich zitiere: „Andererseits ist und bleibt die Finanzplanung für die Hochschulen als staatliche Einrichtungen Teil der Finanzplanung des Landes insgesamt und muss daher übergeordnete Gesichtspunkte berücksichtigen. Dieses Spannungsfeld ist unauflösbar.“

Meine Damen und Herren der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen, unauflösbar ist in der Politik gar nichts. Wenn politisch etwas gewollt ist, wird es auch finanziert, Alternativen gibt es immer [...]

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen, wo aus der Sicht der Hochschulen beziehungsweise nach unserer Einschätzung Klärungs- beziehungsweise Änderungsbedarf im Rahmen der Verhandlungen des Bildungsministeriums mit den Hochschulen über die Hochschulvereinbarung 2011 bis 2015 besteht:

Da geht es zum einen um das Einvernehmen, das hoffentlich angestrebt wird, über die Bewertung von Zielen und Ergebnissen der Entwicklung und Profilbildung der Hochschulen, dass es nicht zu großen Unterschieden in der Bewertung, der Entwicklung und der Profilbildung an den Hochschulen kommt.

Ich nenne auch die Rückkehr zu Diplomstudienabschlüssen in bestimmten ingenieurtechnischen, natur- und geisteswissenschaftlichen Studiengängen, wie es teilweise in anderen Bundesländern, an anderen Hochschulen praktiziert wird [...]. Ich nenne auch die Doppelbezeichnung Master/Diplom, die immer wieder in der Diskussion ist und die von anderen durchaus hergestellt wird.

Ich nenne den freien Zugang von Bachelor-Absolventen zum Masterstudium, die Realisierbarkeit und Richtigkeit der Erhöhung des Anteils der Juniorprofessuren auf ein Drittel aller Professuren, was von den Hochschulen als sehr problematisch betrachtet wird aus verschiedener Sicht.

Ich nenne unterstützende Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, Sachmittelzuschläge zur Verbesserung der Literatur- und Medienversorgung an den Hochschulen,

die Möglichkeiten zur kostenneutralen Steigerung der fachlichen Bandbreite der Ausbildung an den Hochschulen, die Ausstattung der als Grundangebot vorgehaltenen Fächer oberhalb der kritischen Grenze [...]

Uns interessiert der Ausbau des didaktischen Zentrums für die Hochschullehrerbildung [...]

Und schließlich will ich nennen die flächenbezogenen Ausbauziele und Schwerpunkte im Hochschulbau an den Universitäten und Hochschulen, zum Beispiel die Sanierung der Gebäude an der FH Neubrandenburg oder auch die Lehr- und Übungsräume für die Hochschule für Musik und Theater Rostock. [...]

Unsere Fraktion wird darauf achten, dass die Zielvereinbarungen einerseits anspruchsvolle, andererseits realisierbare, vor allem aber nicht nur am Bedarf des Landes orientierte Ziele und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele beinhalten. Das Instrument der Zielvereinbarungen hat sich, ich glaube, da sind wir uns einig, grundsätzlich bewährt. Allerdings sind teilweise mehr Zielgenauigkeit und Erfüllung der vereinbarten Aufgaben notwendig [...]

Lissabon-Prozess

Als Lissabon-Prozess wird ein im Jahr 2000 auf einem EU-Sondergipfel in Lissabon beschlossenes Programm zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU bezeichnet. Das Ziel lautete, bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden zahlreiche Unterziele in den Bereichen Wirtschaft, Erwerbstätigkeit, Forschung und Innovation, sozialer Zusammenhalt und Umwelt formuliert. Nachfolger der Lissabon-Strategie ist das Programm „EUROPA 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“.

André Specht, CDU:

„Wir brauchen keine Elfenbeintürme, sondern wollen Leuchttürme entwickeln“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz kurz die drei wesentlichen Ziele, die in den Eckwerten enthalten sind, noch einmal benennen. Zum einen geht es darum, mehr [...] Studenten aus dem In- und auch aus dem Ausland in unser Land und an die Hochschulen zu ziehen, das vor allem auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung unseres Landes und den immer weniger werdenden Landeskindern, die an unseren Hochschulen studieren.

Es ist wichtig, dass sich unsere Hochschulen und insbesondere dabei die Universitäten international aufstellen und wettbewerbsfähig bleiben beziehungsweise dort, wo sie es noch nicht sind, wettbewerbsfähig werden. Daher ist es auch wichtig, ausländerfeindliche, gar rassistische Tendenzen oder intolerante und demokratiefeindliche Tendenzen im Keim zu ersticken. Ich möchte an dieser Stelle noch

einmal die beispielgebende Hausordnung der Universität Greifswald erwähnen, die hier auf dem richtigen Weg ist.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir brauchen mehr Ketzerverbrennungen. – Raimund Frank Borrmann, NPD: Wir brauchen eine Kleiderordnung. – Stefan Köster, NPD: So ein Schwachsinn.)

Die zweite wesentliche Zielstellung aus den Eckwerten ist die Qualitätssteigerung in Forschung und Lehre. Auch hierauf wurde bereits hingewiesen. Wer aufhört, besser sein zu wollen, hört auf, gut zu sein, und insofern ist es folgerichtig und notwendig, auch zukünftig weiterhin hier an der Qualitätssteigerung unserer Hochschulen zu arbeiten.

Als Drittes, auch das hat der Bildungsminister bereits erwähnt, muss es uns darum gehen, die Verknüpfung unserer Hoch-

schulen mit der Wirtschaft und insbesondere den mittelständischen Unternehmen in unserem Land weiter zu verstärken. Forschung und Lehre dürfen niemals nur reiner Selbstzweck sein, sondern müssen letztendlich auch der regionalen Entwicklung unseres Landes dienen. Wir brauchen also keine Elfenbeintürme in unserem Land, sondern wir wollen Leuchttürme entwickeln und wir möchten, dass in Rostock, Greifswald, Wismar, in Stralsund, Güstrow und Neubrandenburg diese Leuchttürme stehen. Der Bildungsminister hat bereits darauf hingewiesen – Forschung, Innovation und Entwicklung sind wesentliche Vorbedingungen für wirtschaftliche Prosperität. Diesen Satz kann man nicht deutlich genug unterstreichen.

[...] zuweilen ergaben sich im Zusammenhang auch mit der Entwicklung dieser Eckwerte die divergierenden Interessen, die zweifelsohne da sind: auf der einen Seite die wissenschaftsimmanenten Ziele, die seitens der Hochschule in den Vordergrund gestellt werden, zum anderen aber auch die politischen Zielstellungen. Erwähnt ist bereits, dass unsererseits der Beitrag der Hochschulen zur Ausschöpfung von Bewerbungsreserven und zur wirtschaftlichen regionalen Entwicklung unterstrichen werden muss. Die vorliegenden Eckwerte werden diesen beiden Interessen gerecht, und darüber bestand in den wesentlichen Punkten auch im Ausschuss so weit Einigkeit. Insofern gehen wir davon aus, dass wir hier eine breite



Foto: Jens Büttner

Zustimmung für die vorgelegten Eckwerte erhalten. Wir von der CDU, und hier spreche ich auch für unseren Koalitionspartner SPD, stimmen jedenfalls den Aussagen in den Eckwerten uneingeschränkt zu. [...]

Unstreitig ist, dass es vor dem Hintergrund der Lehrbedarfsprognose 2030 in Bezug auf die Lehrerbildung zwingend zu einer Neuordnung kommen muss und die bisherigen Zielsetzungen nicht aufrechterhalten bleiben können.

Es ist daher richtig, erstens Lehrer weiterhin in den Studiengängen mit erstem Staatsexamen auszubilden und die Umstellung auf Bachelor und Master aufzugeben.

Genauso wichtig ist es zweitens, die Kapazitäten der Lehramtsstudiengänge so auszurichten, dass unter Berücksichtigung von Schwundquoten, hierauf hatte der Kollege Brodkorb ja bereits hingewiesen, der Bedarf des Landes an Lehrern langfristig selbst gedeckt werden kann.

Als Drittes ist es wichtig, die Berufsschullehrerbildung in unserem Land wieder einzuführen. Federführend, und das ent-

spricht ja auch der Zielsetzung der bisherigen Zielvereinbarung, soll hier die Universität Rostock sein.

Schließlich, als vierter wichtiger Punkt, muss es dazu kommen, dass, wenn es zu Reduzierungen der Studienplatzzahlen kommt, die Verringerung des Personalbedarfs, der sich daraus ergibt, dann für die Verbesserung der Qualität der Ausbildung eingesetzt wird, insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Betreuungsrelation und der pädagogischen und fachdidaktischen Lehrveranstaltungen.

Meine Damen und Herren, als Rostocker muss ich zugeben, dass ich, als sich dieser Kompromiss, der derzeit in den Zielvereinbarungen verhandelt wird, als Zielkompromiss abzeichnete, zunächst reflexartig mir die Frage gestellt habe: Ja, wieso behält Greifswald jetzt Lehrerbildung, Rostock hat ja Juristen abgegeben? Herr Brodkorb hatte darauf hingewiesen, das ist eine Sichtweise, die im Land durchaus verbreitet ist. Aber in der Tat, wir dürfen unsere Hochschulen und speziell unsere Universitäten nicht in einen falschen, von Neid und Missgunst genährten Konkurrenzkampf stürzen. [...]

Sowohl die Hochschulen wie auch das Land müssen jetzt die Zeit nutzen, die neuen Ziele und Aufgaben zu definieren und sich aufgrund nationaler und internationaler Herausforderungen diesen neuen Aufgaben zu stellen. Dies wurde von unserem Bildungsminister bereits dargelegt. Unsere Aufgabe wird es in diesem Zusammenhang sein, die Zielvereinbarungen bis Jahresende kritisch zu begleiten.

Lassen Sie mich an dieser Stelle anmerken, dass es eine Aufgabe sein muss, die Kontrolle und letztendlich auch die Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung der Zielvereinbarungen zu definieren, und dass wir so zu dem Ziel kommen müssen, mehr Verlässlichkeit bei der Einhaltung der Zielvereinbarungen zu bekommen. Auch hierauf sollten wir dann in den anstehenden Beratungen einen Schwerpunkt setzen.

Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen [...] zuzustimmen und auch die Unterrichtung der Landesregierung so weit dann zur Kenntnis zu nehmen. [...]"

Hans Kreher, FDP:

„Die Landesregierung schränkt die Hochschulautonomie ein“



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eckwerte und Zielvereinbarungen zur Hochschulplanung sind wichtig. [...] Zahlen sagen aber wenig darüber aus, welchen Ertrag diese Zahlen für das Land und die Menschen liefern. Mit Ertrag meine

ich den Mehrwert, den sowohl Studierende aus ihrer Investition an Mühe und Zeit erfahren, wenn sie im Land studieren, als auch das Land, welches viel Geld und Ehrgeiz in die Förderung der Hochschulen investiert. Der Mehrwert könnte zum Beispiel gemessen werden an der erfolgreichen

Vereinnahmung von Mitteln im Hochschulhaushalt, die geeignet wären, künftig wegfallende Stellen zu refinanzieren. Diese Bemühungen von Hochschulen im Land werden zwar in die Eckwerte aufgenommen, aber offenbar zwischen Hochschulen und Landesregierung völlig unterschiedlich bewertet. [...] Hier scheint es eher Scheuklappen in der Hochschulabteilung des Ministeriums zu geben, sich mit dem eigenen Erwerb von Mitteln einer Hochschule auseinanderzusetzen. [...] Interessant ist in diesem Falle auch die Lehrerbildung an den Standorten Rostock und Greifswald. Auch hier drängt sich der Verdacht auf, dass es nicht die Landesregierung war, die den Prozess der Eckwerte und Zielvereinbarungen steuert, sondern der Zufall und bestenfalls das Engagement der Studierenden vor Ort. Daher wirft der

so genannte Kompromiss, wenn es denn einer ist, mehr Fragen auf, als er beantwortet. [...]

Unser Fazit: Die Landesregierung schränkt die Hochschulautonomie in struktureller und finanzieller Hinsicht weiter ein und schätzt Rahmenbedingungen der Standorte falsch ein. Diese teilweise beliebig wirkenden Ansätze der Landesregierung behindern eine autonome Hochschulentwicklung und Profilbildung. [...]

Alle Instrumente, die einer Landesregierung in der Hochschulbildung zur Verfügung stehen, müssen genutzt werden, um den Hochschulen möglichst viel Gestaltungsspielraum zu geben, denn Hochschulen wissen in der Regel besser, was von ihnen sowohl vonseiten der Studierenden als auch von der Seite der Forschung und der Wirtschaft erwartet wird. [...]"



Foto: Cornelius Kettler

Studentenvertreter bei der öffentlichen Anhörung im Bildungsausschuss zum Hochschulgesetz am 30. September.

Birger Lüssow, NPD:

„Eine solche Schaukelpolitik macht die NPD nicht mit“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] Mit dem sogenannten Lissabon-Prozess und der Strategie mit dem Titel Europa 2020 unterstreichen und untermauern Sie insoweit Ihre Europabegeisterung. Sie ignorieren eiskalt die Proteste der Studenten und Professoren gegen den völlig verkorksten Bologna-Prozess.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung trieft nur so von einer regelrechten Europatrunktheit, wobei Sie natürlich nicht vergessen zu betonen, dass sich Mecklenburg-Vorpommern zur föderalen Struktur Deutschlands bekennt. Ein solches Bekenntnis ist verräterisch, wenn Sie sich zuvor zu dem Ziel des Lissabon-

Prozesses mit Europa 2020 bekennen. Es ist deshalb verräterisch, weil Sie in wesentlichen Teilen die Zuständigkeit für die Bildung, welche den Ländern nach dem Grundgesetz zusteht, an eine europäische Monsterbürokratie regelrecht abgetreten haben. [...]

Wer es noch nicht einmal vermag, in Deutschland insgesamt national einheitliche Bedingungen für die Schulausbildung bis hin zum Abitur zu schaffen, ist auf europäischer Ebene zum Scheitern verurteilt. Wer europäische Standards will, aber nationale Standards in der Bildungspolitik beharrlich ablehnt, kann kei-

nen Erfolg haben. Wer glaubt, die deutsche Nation übergehen zu können, und eine erträumte europäische Integration herbeisehnt, muss erst einmal sagen, was europäische Integration überhaupt sein soll. Aber das wissen Sie wohl selbst nicht so genau. [...]

Sie verschulen die Studiengänge, um es Ausländern einfacher zu machen, bei uns zu studieren. Gleichzeitig verlassen immer mehr gut ausgebildete Universitätsabsolventen Deutschland. [...]

Eine solche Schaukelpolitik macht die NPD nicht mit. [...]"

Dokumente

Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Eckwerten der Hochschulentwicklung 2011 bis 2015:
Drucksache 5/3453

SPD/CDU-Antrag zu den Eckwerten der Hochschulentwicklung:
Drucksache 5/3736

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:
Drucksache 5/3771



Foto: Cornelius Kettler

Amtskollegen: Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (r.) und Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm bei der Tagung der Petitionsausschüsse im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.

Visitenkarte des Parlaments

Vertreter der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder berieten im Schweriner Schloss

■ Auf Einladung des Bundestagspräsidenten fand am 26. und 27. September im Schweriner Schloss eine Beratung der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder statt. Neben Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern aller Landtage nahmen auch Gäste aus dem europäischen Ausland an der Konferenz teil.

Die alle zwei Jahre stattfindende Arbeitstagung diente in diesem Jahr nicht nur dem Erfahrungsaustausch, sondern auch der Würdigung des 60-jährigen Jubiläums des Petitionswesens in der Bundesrepublik Deutschland. Sowohl Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse und Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm als auch die Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Deutschen Bundestages, Kersten Steinke, und des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Barbara Borchardt, hoben die besondere Bedeutung des Petitionsgrundrechts hervor.

„Der Petitionsausschuss ist die Visitenkarte des Parlaments“, machte Kersten Steinke vom Deutschen Bundestag die herausragende Stellung des „Bürgerausschusses“ der Parlamente

deutlich. Als Beleg dafür verwies sie auf die beim Bundestag eingeführte öffentliche Petition. Mit durchschnittlich 3,4 Millionen Zugriffen pro Monat auf die entsprechende Internetseite werde sogar die Summe der Zugriffe auf die übrigen Seiten des Bundestages übertroffen. Nachdem Bremen als erstes Bundesland die öffentliche Petition eingeführt hat, wird in weiteren Ländern intensiv darüber diskutiert.

Wie wichtig der Petitionsausschuss des Parlaments für die Menschen ist, zeigt auch die Statistik in Mecklenburg-Vorpommern: 2009 haben sich rund 37.000 Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen an den Petitionsausschuss des Landtages gewandt.

Bei aller Freude über die Fortschritte und Erfolge bei der Stärkung des Petitionsgrundrechts stand die weitere Verbesserung der Arbeit der Petitionsausschüsse im Mittelpunkt der Beratung. So müssten die Petitionen in einem bürgerfreundlichen Verfahren besonders zeitnah bearbeitet werden. Hierbei sieht sich der Petitionsausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in seiner Arbeitsweise bestätigt, ebenso wie bei der Einführung der Online-Petition. Die Möglichkeit, Petitionen auf elektronischem Weg einzureichen, sehen die Parlamentarier als weiteren Schritt auf dem Weg zu noch mehr Bürgernähe. Nicht zuletzt sei es wichtig, so die einhellige Meinung der Konferenzteilnehmer, dass Politik und Verwaltung ihre Positionen den Bürgerinnen und Bürgern in einer verständlichen Sprache erläutern.

Online-Petition

Ab sofort können sich Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern auch über das Internet mit Vorschlägen, Bitten und Beschwerden an den Petitionsausschuss des Landtages wenden. Diese Neuerung geht auf eine langjährige Forderung des Petitionsausschusses zurück, die Möglichkeiten, das Petitionsgrundrecht wahrzunehmen, den tatsächlichen technischen Verhältnissen anzupassen. Da Petitionen aber nicht selten neben den normalen persönlichen Daten, wie etwa Name und Anschrift, weitere sensible An-

gaben enthalten, musste zunächst sichergestellt werden, dass der Schutz der Daten in jeder Phase der Petitionsbearbeitung gewährleistet ist. „Dies können wir nunmehr auch für elektronisch eingereichte Petitionen garantieren“, so die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Barbara Borchardt.

Das Formular für eine elektronische Petition findet man auf der Internet-Seite <https://www.petition.landtag-mv.de> bzw. über die Internet-Seite des Landtages www.landtag-mv.de

Sexueller Missbrauch

Öffentliche Anhörung im Europa- und Rechtsausschuss

■ Auf der Grundlage eines Koalitionsvorschlages und angeregt auch durch den Jahresbericht des Bürgerbeauftragten, hatte sich der Europa- und Rechtsausschuss dazu verständigt, den Themenkomplex des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen vertieft zu bearbeiten. Am 8. September fand hierzu eine öffentliche Anhörung statt.

Ein von den Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP erarbeiteter umfangreicher Fragenkatalog und der Antrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 5/3386 „Missbrauch von Kindern im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern aufklären“ bildeten den Rahmen für die öffentliche Anhörung, in der von Berufts wegen Sachverständige und auch eine Betroffene zu Wort kamen.

Für alle Zuhörer war die Stellungnahme der ehemaligen Insassin eines Jugendwerkhofes ein beeindruckender und berührender Beleg für das, was Menschen anrichten können, und gleichzeitig Ausdruck des Mutes einer Einzelnen: Nach dem Missbrauch durch den Stiefvater begann wegen „auffälligen Verhaltens“ ein Leidensweg durch Kinder- und Durchgangsheimen, der letztlich im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau endete. Bei der Aufarbeitung ihrer schrecklichen Erlebnisse wurde sie auch durch die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR unterstützt, die oftmals erste Anlaufstelle für Opfer sexuellen Missbrauchs innerhalb der DDR-Jugendhilfe ist.

In der Anhörung kamen außerdem Sachverständige der Landeskoordinierungsstelle zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen,

des Landesjugendamtes, des Deutschen Kinderschutzbundes und der Deutsche Kinderhilfe Mecklenburg-Vorpommern zu Wort. Nach Ansicht einiger Sachverständiger müssen die vorhandenen Kompetenzen im Land stärker vernetzt und für Betroffene bekannter gemacht werden. Für eine bessere Aufklärung und Prävention sei mehr spezialisiertes Fachpersonal nötig. Außerdem müssten alle Beschäftigten mit Kinder- und Jugendkontakt zur Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses verpflichtet werden. Ergänzend sollten alle Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, Verfahrensrichtlinien für den Umgang mit Missbrauchverdacht erarbeiten.

Auch das Thema der Verjährung von Straftaten spielte in der Anhörung eine Rolle. Wie sich am Beispiel der Betroffenen zeigt, können Opfer von sexuellem Missbrauch oft erst Jahrzehnte später über die Taten sprechen. Dies nahmen Sachverständige zum Anlass, eine Verlängerung der Verjährungsfristen zu fordern.

Ausschussvorsitzender **Detlef Müller** betonte im Anschluss, dass es erforderlich sei, diese Anhörung sorgfältig auszuwerten. „Mir geht es darum, für die Gegenwart und Zukunft die konkreten Handlungsempfehlungen der Sachverständigen herauszufiltern und im Ausschuss zunächst gemeinsam mit der Landesregierung zu beraten“, so Müller. Er habe bereits die Justizministerin, die Sozialministerin und die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung in den Ausschuss eingeladen. Anschließend werde der Ausschuss dem Landtag zu dem Themenkomplex eine Beschlussempfehlung vorlegen.

Lesetipp

Heidemarie Puls: Schattenkinder hinter Torgauer Mauern
Rinck Verlag Rostock, ISBN 978-3-9811262-3-5



Foto: Jens Büttne

Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs

Die Bundesregierung hat in ihrem Kabinettsbeschluss vom 24. März Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a.D., als Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs berufen. Ihre Aufgabe ist es, Anlaufstelle für Betroffene sexuellen Kindesmissbrauchs zu sein, Missbrauchsfälle in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich aufzuarbeiten, die Bundesregierung zu beraten und Empfehlungen für materielle und immaterielle Hilfen für die Opfer gegenüber dem Runden Tisch auszusprechen.

Betroffene sexuellen Kindesmissbrauchs können sich über die Geschäftsstelle an die Unabhängige Beauftragte unter folgenden Kontaktdaten wenden:

Postalisch:

Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung
sexuellen Kindesmissbrauchs

11018 Berlin

Telefonische Anlaufstelle:

0800-22 55 530 (kostenfrei)

Fax: 03018/555 4 1555

E-Mail: kontakt@ubskm.bund.de



Die Delegation aus Mecklenburg-Vorpommern bei der 19. Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn: v.l. Matthias Lietz (Mitglied des Deutschen Bundestages), Bodo Bahr (Landtagsverwaltung), Renate Holznagel, Dr. Armin Jäger (beide CDU-Fraktion), Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Detlef Müller (SPD-Fraktion), Birgit Schwebs (DIE LINKE-Fraktion), Jochen Schulte (SPD-Fraktion), Gerald Gutzeit, Kathrin Herrmann (beide Landtagsverwaltung)

Ostsee-Sicherheit

Ostseeparlamentarier berieten in Finnland

■ Vom 29. bis 31. August fand in Mariehamn auf den Åland-Inseln (Finnland) die 19. Ostseeparlamentarierkonferenz statt. Mehr als 200 Teilnehmer, Vertreter des Europäischen Parlaments sowie nationaler und regionaler Parlamente und parlamentarischer Vereinigungen, Experten, Institutionen und Organisationen sowie Beobachter erörterten die Kooperation zwischen den Ostseeanrainerstaaten. Im Mittelpunkt standen Fragen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Artenvielfalt, zu einer integrierten maritimen Politik sowie zur Entwicklung der Ostsee als Region für Frieden und Sicherheit.

Der Delegation unter der Leitung von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider gehörten die Abgeordneten Renate Holznagel (CDU), Jochen Schulte (SPD), Detlef Müller (SPD), Dr. Armin Jäger (CDU) sowie Birgit Schwebs (DIE LINKE) an. Die Parlamentarier haben sich dafür eingesetzt, die maritime Sicherheit weiter zu verstärken und außerdem zu prüfen, in welchem Umfang die geplante Verminderung des Schwefelanteils in Schiffstreibstoffen zu unzumutbaren Wettbewerbsnachteilen in der Ostseeregion führen kann. Diese Frage ist nach Auffassung von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider von erheblicher Bedeutung für die maritime Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Landtages, **Jochen Schulte**, stellte die wesentlichen Ergebnisse der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe „Integrierte maritime Politik“ der Ostseeparlamentarierkonferenz vor, die auch Eingang in die

Konferenzbeschlüsse gefunden haben. Ein Schwerpunkt dabei war die Verminderung des Schadstoffausstoßes im Seeverkehr. Als Alternative zu Landtransporten wurde der Kurzstreckenseeverkehr herausgestellt; vor allem dann, wenn die bereits vorhandenen Vorschläge für eine umweltgerechte Schifffahrt (Green Shipping) umgesetzt würden – wie landgestützte Stromversorgung der Schiffe in Häfen, Nutzung alternativer Treibstoffe und emissionsarmer Techniken im Schiffsbetrieb, verstärkte Nutzung und Ausbau von Hafenauffangkapazitäten.

Erneut wurde auch der verbindliche Einsatz von Lotsen in schwierig zu befahrenden Seegebieten erörtert. Bisher gibt es nur eine Empfehlung der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) für den freiwilligen Lotseneinsatz auf Öltankern und Gefahrgutschiffen ab einem Tiefgang von 11 Metern. „Havarien zeigen jedoch, dass bei mehr als 65.000 Schiffsbewegungen im Jahr in Risikogebieten weiterer Handlungsbedarf besteht, auch wenn schon etliche Verbesserungen für mehr maritime Sicherheit, insbesondere in der Kadettrinne, vorgenommen worden sind“, so lautete das Fazit von Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider**.

Dr. Armin Jäger vertrat den Landtag in der Arbeitsgruppe „Zivile Sicherheit“. „Unsere Aufgabe als Ostseeparlamentarier ist es“, so Jäger, „geeignete Maßnahmen zum Schutz der Opfer von Menschenhandel zu finden.“ Im Rahmen der Konferenz wurden erste Zwischenergebnisse vorgestellt, die in die Resolution von Mariehamn eingearbeitet worden sind. Darüber hinaus erfolgte im Vorfeld der Konferenz eine Medienkampagne im gesamten Ostseeraum zum Thema Menschenhandel. Unter www.landtag-mv.de sind hierzu Einzelheiten abrufbar.

Die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz findet in Helsinki vom 28. bis 30. August 2011 statt.



Foto: Rainer Cordes

v.l. Der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Schubert mit seinem Amtvorgängern Frieder Jelen (1995-2000) und Heike Lorenz (2000-2006) sowie dem ehemaligen Bürgerbeauftragte beim Ministerpräsidenten, Dr. Wolfgang Schulz (1990-1995).

Für die Bürger

15 Jahre parlamentarisch gewählter Bürgerbeauftragter in Mecklenburg-Vorpommern

■ Vor 15 Jahren – im April 1995 – wählte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zum ersten Mal einen Bürgerbeauftragten. Anlässlich des Jahrestages würdigte der Bürgerbeauftragte unseres Landes, Bernd Schubert, diese fortschrittliche Entscheidung zur Schaffung und verfassungsrechtlichen Verankerung dieser Einrichtung für die Bürger in einer Festveranstaltung im Schweriner Schloss.

„Das ‚Schiff‘ des Bürgerbeauftragten ist in seiner Form und Gestaltung einmalig“, sagte Bernd Schubert zum Auftakt nicht ohne Stolz. Natürlich müsse es sich in den vorgegebenen Richtlinien und Wasserstraßen bewegen. Aber was es besonders mache, sei die Tatsache, dass der parlamentarisch gewählte Bürgerbeauftragte in Mecklenburg-Vorpommern in der Landesverfassung fest verankert ist.

Er verstehe sich „als Lotse an der Schnittstelle zwischen Bürgern und Staat“, so Schubert. Das staatliche Rechts- und Verwaltungssystem sei immer spezialisierter und oftmals auch undurchschaubar geworden. „Bürokratische Klippen und Gefahrenstellen für und gemeinsam mit dem Bürger zu umschiffen, dafür ist der Bürgerbeauftragte da!“ Von Beginn an hätten die Bürgerinnen und Bürger diese Unterstützung rege in Anspruch genommen. Über 22.000 Petitionen wurden in den vergangenen 15 Jahren an die Bürgerbeauftragten gerichtet. Davon wurden etwa zwei Drittel persönlich, insbesondere auf den insgesamt 560 Sprechtagen im Land, vorgetragen.

Der Festredner, der international anerkannte Experte für öffentliches Recht und Ombudswesen Prof. Dragan Milkov, Mitglied des Vorstandes des Europäischen Ombudsmanninstitutes, skiz-

zierte die weit zurück reichende Geschichte der Ombudsmänner. Weltweit gibt es in über 130 Ländern entsprechende Beauftragte. In Mecklenburg-Vorpommern wurde das Amt eines Bürgerbeauftragten geschaffen, das dem heute gebräuchlichen internationalen Leitbild eines für die Bürger tätigen öffentlichen Ombudsmannes entspricht.

Auch die Amtsvorgänger Frieder Jelen (1995-2000) und Heike Lorenz (2000-2006), sowie der ehemalige Bürgerbeauftragte beim Ministerpräsidenten, Dr. Wolfgang Schulz (1990-1995), die Schubert in seinem Grußwort scherzhaft als Kapitäne auf dem Schiff „Bürgerbeauftragter“ bezeichnete, resümierten ihre Amtszeit und die damit verbundene Möglichkeit, den Menschen im Land ganz praktisch zur Seite zu stehen und Hilfe zu geben. Die Unabhängigkeit in der Tätigkeit und die Möglichkeit, auf der Grundlage des Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetzes ungehindert Verwaltungshandeln untersuchen zu können, seien hierfür der beste Garant.

In ihrem Grußwort bedankte sich die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtages, Barbara Borchardt, für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Petitionseinrichtungen und hob die Bedeutung beider Einrichtungen für die Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern hervor.

Umrahmt wurde die Festveranstaltung von Schülern der Schweriner Musikschule Ataraxia.

Der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern Bernd Schubert

Schloßstraße 1, 19053 Schwerin
 Telefon: 0385 / 5252 – 2709
 Telefax: 0385 / 5252 – 2744
 E-Mail: post@buergerbeauftragter-mv.de
 Internet: www.buergerbeauftragter-mv.de

Landespolitik zum Anfassen

■ Am 12. September lud der Landtag zu seinem traditionellen „Tag der offenen Tür“ ein – und Tausende nutzen die Chance, sich über die Arbeit des Landesparlamentes zu informieren.

Im Innenhof des Schlosses präsentierten sich die Fraktionen, in den Konferenzräumen stellten die Fachausschüsse und die Enquetekommission ihre Arbeit vor. Besichtigt werden konnten auch der Plenarsaal, die Bibliothek, das Ältestenratszimmer, das Büro der Präsidentin, der Raum der Landespressekonferenz sowie das NDR-Studio im Schloss. Highlight im wahrsten Sinne des Wortes war der Aufstieg in die Niklothalle und in die vergoldete Prunkkuppel über dem Hauptportal. Vor dem Schloss stellten Initiatoren und Unterstützer des Demokratiebündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ das Anliegen und geplante Aktionen der Kampagne vor.



Fotos: Cornelius Kettler

Prunkkuppel über dem Hauptportal



CDU-Fraktion



SPD-Fraktion



FDP-Fraktion



DIE LINKE-Fraktion

Landespolitik zum Anfassen

Debatten im Plenarsaal

■ Im Plenarsaal startete das Programm mit einer Schaubdebate von Landesfinalisten des Bundeswettbewerbs „Jugend debattiert“. Die Schülerinnen und Schüler vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar debattierten das Thema „Soll in Mecklenburg-Vorpommern eine einheitliche Schulkleidung eingeführt werden?“ Es folgten Podiumsdiskussionen zu den Themen Demokratie und Toleranz, Tourismus in M-V und Welterbeantrag Schweriner Schloss.

Für Demokratie und Toleranz

Die landesweite Demokratie-Initiative „Wir. Erfolg braucht Vielfalt“ zeigt nach Ansicht von Ingo Schlüter, stellvertretender Landesvorsitzender DGB Nord, Erfolge. Zunehmend würden sich Bürger mit Zivilcourage gegen rechtsextreme Tendenzen im Land auflehnen, sagte er auf der Podiumsdiskussion zu diesem Thema. Im Frühjahr waren Unbekannte in die Kirche von Sternberg eingebrochen und hatten eine Hakenkreuzfahne am Kirchturm befestigt. Dagegen habe es Proteste und kirchliche Aktionen wie „Unser Kreuz hat keine Haken“ gegeben. Eine rasche Reaktion auf solche Provokationen sei die richtige Antwort. Das Bewusstsein dafür wird Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zufolge auch durch die 2008 gestartete Kampagne geschärft, die von Landtag, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und vielen Persönlichkeiten getragen wird. Derzeit gebe es bereits rund 400 offizielle Unterstützer. Wie Wolfgang Remer, Präsident des Landessportbundes MV, versicherte, gebe es derzeit keinen Trainer oder Sportfunktionär im Land, der dem rechtsextremen Spektrum angehört. Das Problem müsse angesprochen werden, betonte auch Martin Scriba, Landespastor für Diakonie. Die Zeiten, in denen das Thema Rechtsextremismus

verschwiegen wurde, seien „zum Glück“ vorbei. Jeder müsse sich einen innerlichen Ruck geben und sich zu seiner Position bekennen. Dazu bedarf es mitunter auch großen Mutes, sagte Wolfgang Remer. Er forderte Vereine wie Hansa Rostock auf, ihr Hausrecht auszuüben und rechtsextremes Gedankengut nicht zuzulassen.

Weltkulturerbe Schweriner Schloss

„Wir machen uns ernsthafte Hoffnungen, auf die UNESCO-Welterbeliste zu kommen“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider während der Podiumsdiskussion „Weltkulturerbe Schloss – Vielfalt des Historismus als Erfolgsgarant“. Die Stadt und das Land Mecklenburg-Vorpommern wollen sich die Antragskosten von rund 400.000 Euro teilen. Das Schloss, das sein derzeitiges Aussehen vor rund 150 Jahren erhielt, gilt neben Neuschwanstein in Bayern als Paradebeispiel des Historismus. Seit 1990 ist der Landtag Mecklenburg-Vorpommerns in Teilen des Schlosses untergebracht. Das Geld sei eine lohnende Investition, die sich auszahlen wird, betonte Schwerins Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow. Nach Ansicht von Andreas Bluhm, Vizepräsident im Landtag und aktiv an der Bewerbungsvorbereitung beteiligt, ist der Weg auf die Welterbe-Liste weit. Das Ziel könne vor 2017/18 nicht erreicht werden. Dr. Klaus Wienands vom Landesamt für Kultur und Denkmalpflege sieht vor allem in dem historischen Ensemble rund um das Schloss einen Pluspunkt für die Bewerbung. Die Regierungsgebäude, das Museum, das Theater und der großzügige Park seien hochkarätige Denkmale. „Das Ergebnis der Architekturdiskussion im 19. Jahrhundert“, sagte er. Das Schloss erzeuge ein „Wir-Gefühl“ im ganzen Land, unterstrich Andreas Bluhm. So werde es ein positives Zeichen für Mecklenburg-Vorpommern sein, wenn das Schloss Weltkulturerbe wird.



Fotoaktion



Niklothalle





Büro von Sylvia Bretschneider



Petitionsausschuss



Plenarsaal

Tourismusland Mecklenburg- Vorpommern

Der Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern hat von der deutschen Einheit profitiert. Die Zahl der Übernachtungen habe sich seit dem Mauerfall auf rund 28 Millionen erhöht und damit etwa vervierfacht, sagte Mathias Löttge, Landtagsabgeordneter und Präsident des Landestourismusverbandes. Die dritte Podiumsdiskussion am Tag der offenen Tür stand unter dem Motto: „Erfolg braucht Vielfalt – Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern“. Der Anstieg sei aber kein Selbstläufer, sondern habe viel mit Investitionen zu tun. Gebäude seien modernisiert worden, betonte Guido Zöllick vom Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA). Aber ebenso würden neue Geschäftsfelder wie der Wellness- und Gesundheitstourismus erschlossen. Wie der Präsident des DEHOGA-Landesverbandes unterstrich, sei das Angebots-Spektrum groß und reiche vom Radwandern bis zum Badeurlaub. Aus reiner Neugierde komme heute kein Tourist mehr, sagte Tobias Woitendorf vom Landestourismusverband. Die Besucher erwarten seinen Worten nach Qualität in Unterbringung, Service und beim Erholungsangebot. Was sich direkt an der Küste leicht erreichen ließe, erfordere von den Hoteliers im Landesinneren schon höhere Kreativität, betonte DEHOGA-Präsident Zöllick. Großveranstaltungen wie der G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm und die Bundesgartenschau 2009 in Schwerin haben Löttge zufolge zwar einen großen Werbeeffekt erreicht. Aber sie seien nun mal einmalig. Er mahnte internationales Marketing an. Von den Ostseeanrainerstaaten bis hin nach China gebe es Potenzial. Erfolg sei eben tatsächlich nur durch Vielfalt zu erreichen.

Fotos: Cornelius Kettler



Gymnasiasten aus Wismar mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und ihrem Lehrer Frank Reichelt



Foto: Jens Büttner

(Adressfeld für Abonnenten)



Foto: Jens Büttner



Foto: Cornelia Eggert

Hoher Besuch in Mecklenburg-Vorpommern: am 27. und 28. September weilten der dänische Kronprinz Frederik und seine Gattin Kronprinzessin Mary zu einem offiziellen Besuch im Lande. Die zweitägige Rundreise führte das sympathische Paar in Begleitung von Ministerpräsident Erwin Sellering nach Stralsund, Schwerin, Rostock und Güstrow. In den Schlössern der Mecklenburgischen Herzöge wandelte Frederik auf den Spuren seiner Vorfahren – seine Urgroßmutter Alexandrine Auguste war die älteste Tochter von Großherzog Friedrich Franz III. An der Seite ihres Gemahls Christian X. war sie von 1912 bis 1947 Königin von Dänemark und Island. Im Schweriner Schloss besichtigten Frederik und Mary die Prunkräume des Schlossmuseum, trugen sich ins Gästebuch des Landtages ein und dinierten mit rund 60 geladenen Gästen im Schloss-Café.

Als Marvin Schöwe aus Neubrandenburg sich Anfang des Jahres an dem Fotowettbewerb „Gesicht zeigen für Demokratie“ beteiligte, ahnte er nicht, dass die Wettbewerbs-Initiatoren „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ und das Bündnis „Neubrandenburg bleibt bunt“ sein Foto zum Sieger küren würden. Sein Siegerfoto – eine von Volksmusik bis Rock anzeigenden Plakatwand und das Statement „Demokratie bedeutet für mich die Freiheit des Andersdenkenden – jeder kann zu einem Konzert seiner Wahl gehen“ wurde mit einer Einladung in den Landtag nach Schwerin honoriert. Die Exklusivführung durch das Schloss inklusive Mittagessen im Schlosscafé genoss er gemeinsam mit seinen Eltern am 20. Juli.



Foto: Claudia Richter

Am 1. September begann für diese acht jungen Leute ein neuer Lebensabschnitt. Nach erfolgreichem Abitur absolvieren sie im Landtag Mecklenburg-Vorpommern ein Freiwilliges soziales Jahr – sieben von ihnen ein FSJ in der Demokratie in den vier demokratischen Landtagsfraktionen sowie der Landtagsverwaltung, eine junge Frau ein FSJ in der Denkmalpflege, ebenfalls in der Landtagsverwaltung.

v.l. Klara Laux (Landtagsverwaltung – FSJ in der Denkmalpflege), Philip Zengel (SPD-Fraktion), Philipp Mittag (Landtagsverwaltung), Katharina Klappheck (DIE LINKE-Fraktion), Clemens Bolte (Landtagsverwaltung), Daniel Freudenreich (CDU-Fraktion), Teresa Höckner (FDP-Fraktion), Lisa Eichorst (Landtagsverwaltung)